Geschäftsstelle Magistrale für Europa Annika Hummel 13. September 2022

Vereinsgründung des Main Line for Europe e.V.

Hier: Zukünftiges Finanzierungsmodell der Initiative ,Magistrale für Europa'

Im Zuge der Neuregelung der Umsatzsteuer, Teuerungsraten und Personalkostenentwicklung muss das aktuelle Modell der Mittelausstattung der Initiative "Magistrale für Europa" neu überdacht werden. Ziel ist eine langfristige und nachhaltige Finanzierung des e.V. sowie seiner Geschäftsstelle.

Langfristige Finanzierung des Main Line for Europe e.V.

Derzeit stehen einer langfristigen und nachhaltigen Finanzierung der Initiative mehrere Faktoren entgehen: Zum einen greift ab 2023 die Neuregelung der Umsatzsteuer, wodurch eine Besteuerung der vom zu gründenden e.V. bei der Stadt eingekauften Leistung für die Leitung der Geschäftsstelle in Höhe von 19 Prozent fällig wird. Zum anderen die neue Eingruppierung der Geschäftsführung sowie die langfristige tarifliche Entwicklung.

Bislang war die Idee, dass die Höhe der Mitgliedsbeiträge gerade die Personalaufwendungen sowie eine kleine Veranstaltung pro Jahr decken. Durch die Preisentwicklungen der letzten Jahre sowie die Entwicklung der Personalkosten ist dieses Budget jedoch nicht mehr ausreichend. Die letzte Beitragsanpassung wurde 2007 vorgenommen.

Wie aus der Anlage I hervorgeht, beläuft sich das zu erwartende Jahresergebnis des Jahres 2023 auf - 19.545 €. Da die Initiative bei derzeitiger Finanzausstattung jedoch auch ohne die zu entrichtende Umsatzsteuer Verluste von jährlich rund – 3.420 € verzeichnen würde, muss die komplette Finanzierung neu überdacht werden. Ein solches Finanzierungsmodell könnte wie folgt aussehen:

Die Stadt Karlsruhe übernimmt die Personalkostensätze für Herrn Otto (Verwaltung) sowie das Sekretariat und die Bürokostenpauschale (vgl. Anlage II, 2.1 Personalausgaben). Dies würde die Personalkosten um 15.870 € senken und damit auch die Höhe des zu versteuernden Betrags. Gleichzeitig werden die Mitgliedsbeiträge erhöht (vgl. Anlage I, Blatt 2). Das jährliche Ergebnis würde sich dann nach Schätzung auf 6.632 € (bis 2027) bzw. 4.321 € (bis 2027) belaufen. Dies schafft der Initiative den nötigen Spielraum in Hinblick auf zukünftige Projekte, tarifliche Entwicklungen und Preissteigerungen.

Die Gründung des "Main Line for Europe" e.V. wurde auf der Hauptversammlung 2021 von den Mitgliedern beschlossen und steht in keinem Zusammenhang mit einer Anpassung der Finanzierungsbeiträge. Die zu entrichtende Umsatzsteuer wäre auch ohne die Vereinsgründung auf die "Magistrale" zugekommen (Personalgestellung).

Hintergrund Neuregelung der Umsatzsteuer

Die ab dem Jahr 2023 umzusetzende Neuregelung der Umsatzsteuer führt dazu, dass alle von der öffentlichen Hand erbrachten Leistungen der Besteuerung unterliegen, wenn diese im Wettbewerb mit Privaten am Markt angeboten werden. Bislang waren juristische Personen des öffentlichen Rechts nur in Fällen des Vorliegens eines Betriebs gewerblicher Art umsatzsteuerpflichtig. Dies hat sich jedoch geändert, wodurch auch eingetragene Vereine die eingekaufte Leistung – unabhängig einer wirtschaftlichen Geschäftsstätigkeit – besteuern müssen.

Aktueller Stand der Vereinsgründung:

Die Satzung ist mit den Mitgliedern der Initiative bereits abgestimmt. Die Satzung ist so gestaltet, dass eine Fortführung der bisherigen Arbeit möglich ist. Aktuell wird die Satzung dem Finanzamt zur Vorprüfung der Gemeinnützigkeit vorgelegt. Bei dieser entscheidet sich, ob dem Verein aller Voraussicht nach die Gemeinnützigkeit anerkannt werden würde.

Nach aktueller Einschätzung wird der e.V. die Gemeinnützigkeit jedoch nicht erlangen. Hintergrund ist, dass allem voran die IHKn einen direkten Wirtschaftsbezug in der Satzung benötigen um dem e.V. beitreten zu können. Mit diesem ist der Bezug zur Gemeinnützigkeit jedoch ggf. nicht mehr gegeben. Eine endgültige Entscheidung steht jedoch noch aus.